

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitteile oder deren Raum 40 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 171.

Mittwoch, den 24. Juli 1918.

25. Jahrg.

## Die Getränkesteuern.

Von Hermann Müller-Reichenbach.

Der Reichstag hat über 4 Milliarden neue Steuern bewilligt, davon entfallen 1200 Millionen Mark auf neue oder auf Erhöhung bestehender Getränkesteuern. Im vorliegenden Artikel soll dargestellt werden, in welcher Form die Bier-, Wein-, Schaumwein- und Mineralwasser- u. a. Steuererhöhungen den Reichstag verlassen haben.

Vorausgemerkt werden kann, daß das Reichshauptamt seinen Willen durchgesetzt hat. Die Getränke sind fast so vollständig erfaßt, wie es die Regierung beabsichtigte. Nur Kakao und Schokolade sollen von einer Zollerhöhung zunächst verschont bleiben. Im Beharrungszustand der künftigen Friedenszeit werden die Getränke den Mehrbetrag von 1200 Millionen Mark bringen, den die verbündeten Regierungen aus ihnen ziehen wollen. Während des Krieges und in der Zeit der Uebergangswirtschaft werden die Erträge allerdings bei den meisten Getränken niedriger sein. Die Stoffe zur Bier- und Brauwirtschaft werden zum großen Teil zunächst noch für Nahrungsmittelzwecke gebraucht werden. Die Regierung rechnet ferner zunächst mit einem Konsumrückgang von 25 Prozent beim Bier, 15 Prozent beim Wein und 50 Prozent beim Branntwein! Beim Wein und den weinähnlichen Getränken wird aber allgemein angenommen, daß die Ertragsberechnung von 100 Millionen Mark viel zu niedrig geschätzt ist und daß in Anbetracht der gestiegenen Weinpreise die Weinsteuer in der nächsten Zeit mindestens das Doppelte des geschätzten Betrages einbringen wird. Wenn die Getränkesteuern in der geforderten Höhe schließlich eine Mehrheit finden, so nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung ihre Zustimmung zu dem im Hauptauschuß verhandelten Besteuerungsantrag davon abhängig machte, daß die Getränkesteuern ohne wesentliche Ertragsminderung Annahme finden.

Bei der Biersteuer, die 339 Millionen Mark Mehrertrag bringen soll, sind zwar die Staffelsätze zugunsten der kleinen und mittleren Brauereien etwas geändert, aber da der Höchstmaß von 12,50 Mark bestehen bleibt, wird der Biertrinker nicht davon berührt werden. Der Bierpreis richtet sich nach dem Höchstmaß. Das Liter Vollbier wird mit 12 Pfg. Steuer belegt werden, das Liter Einfachbier mit 6 Pfg. und Starkbier mit 18 Pfg. Nach dem Regierungsentwurf sollte es dem Bundesrat überlassen bleiben, zu bestimmen, welche Biere als Einfach- und als Starkbier zu gelten haben. Der Reichstag hat das im Gesetz selbst bestimmt. Einfachbier ist Bier mit einem Stammwürzgehalt bis 4,5 Proz., Vollbier solches von 8 bis 13 Proz. und Starkbier ist Bier mit einem Stammwürzgehalt von 4,5 bis 8 Proz. darf also nicht in den Verkehr gebracht werden.

Der Reichstag hat die für die Kontingentsüberbreitung und für neue Brauereien vorgesehene Erhöhung der Staffelsätze nach gesteigert. Neue Brauereien sollen in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes das Dreifache und in den zweiten fünf Jahren das Doppelte der normalen Staffelsätze zahlen. Im Ausschuß war eine Bestimmung angenommen worden, nach welcher neue Brauereien, die von Gastwirten auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden, von diesen erhöhten Sätzen nicht betroffen werden sollten. Die von Gastwirten gegen die Uebermacht des Braukapitals gegründeten Genossenschaften erfreuen sich aber bei den bürgerlichen Parteien nicht der gleichen Beliebtheit wie z. B. die Winzergenossenschaften. Dem schwerer betroffenen Gastwirtsstande etwas Entlastung zu schaffen, wäre dringend geboten, sonst sind die Biere in den zehn Jahren, für die die Kontingentierung gilt, auf Gnade und Ungnade dem organisierten Braukapital überantwortet. Im Plenum hat die bürgerliche Mehrheit diese zugunsten der Genossenschaftsbrauereien getroffene Bestimmung aber wieder beseitigt! Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der nach dieser ungeheuren Erhöhung der Reichsbiersteuer wenigstens die kommunalen Biersteuern abschaffen wollte, abgelehnt.

Ein kleiner Fortschritt ist, daß das von den Brauereien an ihre Angestellten und Arbeiter gegen Entgelt oder unentgeltlich als Hausbrauerei abgegebene Bier steuerfrei bleibt. Ferner wurde in das Gesetz auch eine Bestimmung aufgenommen, über die Entschädigung von Arbeitern und Versicherungsobligierten Angestellten, die infolge von Kontingentsübertragungen beschäftigungslos werden oder eine Verminderung ihres Verdienstes erfahren. Der so entstehende Einnahmeausfall soll auf die Dauer von 26 Wochen ersetzt werden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben gegen die Biersteuer gestimmt. Es war im übrigen bezeichnend, daß gegen die hohen Sätze des Regierungsentwurfs aus Interessententzügen im Gegensatz zu früheren Zeiten keine energische Opposition gemacht wurde. Das rührte daher, daß das Braukapital mit noch höheren Sätzen gerechnet hatte!

Wechselvoll war der Kampf um die Weinsteuer. Hier hatten die Winzer und Weinhändler erklärt, daß der Wein allerdings höchstens 10 Proz. Steuer tragen kann.

Mit überwältigender Mehrheit hatte die Kommission in erster Lesung auch beschlossen, die nach dem Wert zu bemessende Steuer von 20 Proz., wie die Regierung vorschlug, auf 10 Proz. herabzusetzen. Gegen diesen Beschluß arbeitete die Regierung mit Hochdruck, und siehe da, in zweiter Lesung bewilligten auf Grund von Fraktionsbeschlüssen die Vertreter der bürgerlichen Parteien die vorher für unannehmbar erklärten 20 Proz. Die Gründe des Unfalls waren einerseits die Verhandlungen über den Besteuerungskompromiß und andererseits in einzelnen Fraktionen der Wille, die Höhe der Weinsteuer in eine gewisse Relation insbesondere zur Biersteuer zu bringen. Darin waren sich alle bürgerlichen Parteien einig, daß eine Weinsteuer angefaßt der Finanzlage des Reiches diesmal nicht zu vermeiden sei. 1894 und 1908 wurden die Weinsteuervorschläge des Bundesrats bekanntlich im Reichstage abgelehnt. Die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder waren einer Besteuerung der teuren Weine nicht abgeneigt. Bei den hohen Weinpreisen der Kriegszeit ist Wein ein Objekt geworden, in dem Kriegsgewinnler ein Vermögen anlegen. Warum sollen solche Objekte dauernd der Steuer entzogen werden können? Die Sozialdemokraten verlangten aber die Freilassung der billigen Konsumweine und der Obstweine von der Steuer. Ihr Antrag, nach dem Wein- und Traubenmost im steuerpflichtigen Werte bis zu 4 Mark das Liter steuerfrei bleiben sollte, wurde aber abgelehnt. Sie stimmten deshalb gegen den Weinsteuervorschlag, wie er jetzt vorliegt. Ein in zweiter Lesung angenommener Antrag, nach welchem der Bundesrat ermächtigt und auf Verlangen des Reichstags verpflichtet ist, nach Beendigung des Krieges den Steuerfuß für Weine im Werte von nicht mehr als zwei Mark für das Liter auf 15 Proz. herabzusetzen, ist erstens ungenügend und für die Praxis wertlos, denn erstens werden wir Weine im Werte von 2 Mark das Liter sobald nicht mehr zu trinken bekommen, und zweitens wird sich für den Steuerausfall, wenn die Steuer einmal besteht, nicht so leicht Ersatz schaffen lassen. Die Erfahrungen mit der Fahrkarten- und der Zudersteuer haben das in den vergangenen Friedensjahren zur Genüge bewiesen. Deshalb hat es auch wenig Wert, daß das Weinsteuergesetz am 1. Juli 1923 außer Kraft treten soll. Denn wer glaubt daran, daß die Weinsteuer 1923 außer Kraft treten wird?

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland böses Blut machen, wo billige offene Weine im Frieden Volksgetränk waren. Dieses Umstandes wegen gelang es durchzusetzen, daß Wirte und Kleinverkäufer, die lediglich inländischen Wein vom Faß verkauften, als Verbraucher im Sinne des Gesetzes anzusehen sind. Zur Entlastung der Steuer ist nach dem Gesetz verpflichtet, wer Wein an einen Verbraucher abgibt.

Hingegen werden im Zollparagrafen die Sätze der Regierungsvorlage noch um 10 Mt. erhöht. Praktisch wird dieser Zollparagraf allerdings erst nach Ablauf des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn Bedeutung erlangen.

Einstimmige Zustimmung fand im Ausschuß die Erhöhung der Schaumweinsteuer, die 20 Millionen Mark Mehrertrag bringen soll. Im Plenum hatten die Unabhängigen aber wieder ihr „Prinzip“ entdeckt. Sie stimmten in dritter Lesung gegen das Gesetz.

Gegen den zum erstenmal vorgelegenen Entwurf betr. eine Besteuerung der Mineralwässer, Limonaden und künstlich bereiteten Getränke sowie betr. die Erhöhung der Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade, der 51 Millionen Mark bringen soll, verhielt sich die sozialdemokratische Partei grundsätzlich ablehnend. Ein erster Kampf gegen den Alkoholismus ist mit der Zustimmung zu solchem Gesetz unverträglich. Die Besteuerung wurde von bürgerlicher Seite u. a. auch mit dem Hinweis auf die viel zu hohen Preise für die alkoholfreien Getränke begründet. Die im Regierungsentwurf vorgesehene Besteuerung nach Gefäßen wurde abgelehnt und dafür eine solche nach Litern vorgesehene. Die Steuer sollte nach dem Kommissionsbeschlusse bei Mineralwässern 0,085 Mt. das Liter und bei Limonaden 0,15 Mt. das Liter betragen. Das heißt, daß die Limonade noch um 3 Pfg. das Liter höher besteuert werden sollte als das Vollbier!

Im Plenum gelang es zum Scherz der Braukapitalisten, die Steuer auf 5 Pfg. für das Liter Limonade herunterzusetzen. Konzentrierte Kunstlimonaden zahlen 1 Mt. das Liter und die Grundstoffe zur Herstellung solcher das Doppelte dieses Betrages. Von der Steuer frei bleiben natürliche oder nur gefüllte Fruchtsäfte. Dagegen wurde über die Regierungsvorlage hinaus der Regierung das Recht eingeräumt, durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats die Steuer auch auf die Stoffe zur Herstellung von Mineralwässern — die Laugen und Salze — auszudehnen. Für die Packungen solcher Stoffe soll evtl. eine Bandrolsteuer eingeführt werden können. Auch wurde beschlossen, daß der Hausbrau, der bei der Herstellung beschäftigten Personen steuerfrei bleibt, soweit er in den Räumen des Herstellungsbetriebes stattfindet.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den ganzen Zollparagrafen zu streichen, fand keine Annahme. Die Erhöhung des Kaffee- und Teezollses fand nach der Regierungsvorlage keine Annahme. Dagegen waren die Bemühungen der Regierung, auch die Erhöhung des Kakao- und Schokoladenzollses durchzusetzen, erfolglos.

Die Getränkesteuergesetze sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen gleichzeitig verkündet und einheitlich einen Monat nach der Verkündung bereits in Kraft gesetzt werden, mit Ausnahme der Biersteuer, die am 1. Oktober 1918 in Kraft tritt. Dies bedeutet für das konsumierende Publikum also, daß es noch während des Krieges die erhöhten Getränkesteuern zu zahlen hat, und für welche Sorten von Getränken vielfach!

## Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 23. Juli, abends. (Amtlich.)

Vertikale Kämpfe auf dem Westufer der Aare. Zwischen Solifons und Reims brachte die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz einen erneuten einheitlichen Angriff harter feindlicher Waffen zum Scheitern.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 23. Juli. (Amtlich.)

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz Artilleriekämpfe von wechselnder Stärke. An der albanischen Front setzte der Feind seine Angriffsvorjuche heiderseits der oberen Devoli fort; sie wurden alle abge schlagen.

Die Friedensbedingungen der Entente?

Wie man in Schweizer politischen Kreisen vernimmt, wurden bei der letzten Zusammenkunft der Leiter der Vierverbands-Staatsmänner in Paris die Mindestbedingungen der Verbündeten zur Einleitung von Friedensverhandlungen nochmals festgesetzt, die, wie man zuverlässig erfährt, folgenden lauten:

1. Bedingungslos Herausgabe und Entschädigung Belgiens für alle seine durch den Krieg erlittenen Nachteile. Von einer Benutzung Belgiens als Faustpfand könne gar keine Rede sein.
2. Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich.
3. Abtretung von Triest und Trentino an Italien.
4. England erhält Ägypten und alle im Kriege gegen die Türkei gemachten Eroberungen.
5. Deutschland verzichtet auf sein Kolonialreich. Falls Deutschland auf diese Mindestforderungen einging, würde der Vierverband auf die Loslösung der pelnischen Provinzen von Preußen und auf die völlige Zerstückelung Oesterreich-Ungarns verzichten. Das letztere hätte selbstverständlich Serbien, Montenegro, Albanien herauszugeben. Albanien käme unter italienisches Protektorat und Oesterreich hätte sich an der weiteren Regelung der Balkanangelegenheiten zu desinteressieren. Solange die deutsche Regierung nicht darauf eingehen wolle, machen Zugeständnisse, wie sie Graf Hertling zuletzt in der belgischen Frage gemacht habe, auf die Vierverbandsregierungen nicht den geringsten Eindruck.

Ob es sich hier in der Tat um die Mindestbedingungen der Entente oder um ein Phantasieprodukt handelt, ist nicht zu sagen. Aber sei dem, wie ihm wolle. Die Durchführung dieser Bedingungen ist nur nach einer völligen militärischen Niederlage Deutschlands möglich.

Ein angeblicher neuer Kaiserbrief.

Aus Wien meldet das K. K. Telegr.-Korr.-Bureau folgendes:

Wie aus dem Haag gemeldet wird, veröffentlicht die in Newyork erscheinende „Eveningpost“ den Text eines angeblich an König Ferdinand von Rumänien gerichteten Privatbriefes Kaiser Karls, der in der zweiten Hälfte des Februar abgesandt und die Haltung Rumäniens in der Friedensfrage beeinflusst haben soll. Wie das Blatt meldet, sei der Brief dem Vertreter der „Associated Press“ in Jassy durch einen Vertrauensmännchen bekannt geworden. In diesem Brief hätte Kaiser Karl König Ferdinand mit herzlichsten Worten auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, die aus der über den Osten hereinbrechenden sozialistischen Welle für alle monarchistischen Staatswesen hervorgehe. Kaiser Karl habe darin die Gefahren geschildert, die bei der Ausbreitung des Bolschewismus über die russische Grenze für Oesterreich-Ungarn entstünden und die in gleicher Weise das rumänische Königshaus bedrohen würden. Deshalb sei Kaiser Karl in seinem Briefe dafür eingetreten, daß der rumänische König sich mit ihm und den anderen Monarchen Europas zum Kampfe gegen die Anarchie vereinige. Auch habe der Kaiser versprochen, daß, falls König Ferdinand die Alliierten verlasse, Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihn in Wahrung seines Thrones unterstützen würden. Kaiser Karl habe in dem Briefe dargelegt, daß Rumänien von den Alliierten verlassen sei und habe auf dessen hilflose Lage gegenüber den mächtigen zentralen Kaiserreichen hingewiesen. Seinen Brief habe der Kaiser mit folgendem Satze geschlossen: „Dies ist die Zeit, in der die Könige zusammenstehen müssen.“

Die vorstehende Mitteilung über den angeblichen und wie es hier gleich festgestellt sei, in Wirklichkeit nicht existierenden Privatbrief des Kaisers an König Ferdinand ist vielfach unrichtig. Der Sachverhalt ist folgender:

Einem im Einvernehmen mit den Verbündeten gestellten Antrage des Grafen Czernin entzorend hat S. M. im

Majoran... einen österreichisch-ungarischen Stabsoffizier beauftragt, dem König von Rumänien auf mündlichem Wege eine Mitteilung zugehen zu lassen. Zu jener Zeit hatten die Mächte des Vierbundes bereits den Waffenstillstand mit Rumänien abgeschlossen und der Friedensvertrag mit der Ukraine stand in jenem Zeitpunkte in seinen Grundzügen fest und die Friedensverhandlungen mit Rußland befanden sich in vollem Gange. Der entsendete Offizier entlegte sich des Auftrages dadurch, daß er die für den König Ferdinand bestimmten Mitteilungen seiner k. k. apostolischen Majestät einem das persönliche Vertrauen des Königs von Rumänien genießenden rumänischen Offizier zur Weiterleitung bekannt gab. Diese in zwei Unterredungen gemachten mündlichen Mitteilungen, aus denen sich die Korrespondenten der Associated Press in Jassy den Brief des Kaisers und Königs an den König Ferdinand konstruiert haben, hatten folgenden Inhalt: „Falls der König von Rumänien sich zwecks Erlangung des Friedens an die Mächte des Vierbundes wenden würde, so hätte er keine Abweisung zu fürchten, und die von seinem Lande verlangten Friedensbedingungen würden ehrenvoll sein. Rumänien könne, ohne eine Verpflichtung zum Eintritt in den Kampf gegen seine derzeitigen Mitriten zu übernehmen, eine Vereinbarung mit den Vierbundmächten zu dem Zwecke treffen, gemeinsam mit ihnen die Gefahren einer internationalen Revolution und Anarchie zu bekämpfen. Aus einer solchen eventuellen Abmachung könne jedoch den Mächten des Vierbundes nicht die Verpflichtung erwachsen, Rumänien in seinem Kampfe gegen Rußland Waffenhilfe zu leisten, da der Vierbund sich mit der Sowjetrepublik nicht mehr im Kriegszustand befinde.“

Was die Frage des territorialen Bestandes Rumäniens anbelange, so bemerkte der entsendete österreichisch-ungarische Offizier, daß in diesem Stadium hierüber keine Zulage gemacht werden könne; daß diese Frage vielmehr ebenso wie alle weiteren Details den Verhandlungen der Bevollmächtigten vorbehalten sei. Da der dem österreichisch-ungarischen Offizier erteilte Auftrag nach der Weitergabe dieser Mitteilungen erledigt war, erklärte er hiermit seine Mission als beendet. Wie bekannt, hat die rumänische Regierung kurz darauf den Vierbundmächten ihren Wunsch nach Einleitung von Friedensverhandlungen bekanntgegeben lassen. Man registriert diese Meldung und denkt sich sein Teil.

**Der ukrainische Eisenbahnerstreik**  
verläuft ruhig. Trotz aller Maßnahmen der Verwaltung, die nun alle Angestellten, die nicht innerhalb 24 Stunden den Dienst wieder antreten, als entlassen erklärt, scheinen die Streikenden festzuhalten. Zur Befriedigung der deutschen Seeresbedürfnisse verkehren täglich zwei von der deutschen Zentrale bereitgestellte Züge.

**Die russische Armee.**  
Gegenüber anderslautenden Meldungen kann die Petrograder Telegraphen-Agentur mitteilen, daß die reguläre Armee der Sowjet-Regierung gegenwärtig 400 000 Mann zählt. Die Gerüchte, daß die lettischen Scharführer die einzige militärische Stütze der Sowjet-Regierung sind, entsprechen nicht der Wahrheit, da die lettischen Militärabteilungen nur den zwanzigsten Teil der Sowjet-Armee ausmachen.

**Massenhinrichtungen in Moskau.**  
Nach einer Mitteilung Tschitscherins an den kaiserlichen Geschäftsträger wurden bis zum 19. Juli mehr als 200 Links-Sozialrevolutionäre, die an der Ermordung des Grafen Mirbach und dem Aufstand gegen die Sowjetregierung beteiligt waren, erschossen. Hierunter befinden sich Alexandrowitsch, ehemaliger Gehilfe des Präsidenten der Außerordentlichen Kommission, welcher die Verschwörung gegen den Grafen Mirbach leitete.

**Gorkis Blatt unterdrückt.**  
Einer Moskauer Pressemeldung zufolge wurde die Zeitung „Nowaja Schim“ (Neues Leben), in der Gorki und seine Freunde ihre herbe Kritik an den Bolschewiki übten, geschlossen. In einer ihrer letzten Nummern hat „Nowaja Schim“ ein angelegliches deutsches Friedensprogramm veröffentlicht, das der japanischen Regierung für eine internationale Friedenskonferenz überreicht worden sein soll. Als wichtigste Punkte dieses Programms waren angegeben:

1. Deutschland will weder eine Annexion noch Kontribution im Westen. 2. Die mit Rußland und Rumänien abgeschlossenen Friedensverträge bleiben in Kraft und können auf dem internationalen Friedenskongreß der Durchsicht unterliegen. 3. Das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker wird unerörtert gelassen und wird auf der Friedenskonferenz entschieden. Das Schicksal Belgiens wird ebenfalls entschieden. 4. Die Balkanfrage bleibt offen und wird auf der Friedenskonferenz zur Durchsicht und Entscheidung gebracht werden. 5. Freie Seefahrt, Entwaffnung von Gibraltar, des Sueskanals usw., das Recht der Benutzung von Kohlenstationen.

Ob dieses Programm tatsächlich von Deutschland ausgegangen ist und ob es mit dem Verbot der Zeitung, die es abdruckte, irgendwie in Zusammenhang steht, läßt sich nicht beurteilen. Nach einer weiteren Meldung aus Moskau ist dort zum zweiten Male das Erscheinen aller nichtbolschewistischen Zeitungen verboten worden.

**Die Engländer an der Murmanküste.**  
Nach in Helsingfors vorliegenden Meldungen stellt die Sowjet-Presse in Moskau und Petersburg fest, daß, wenn auch nicht formell, so doch faktisch, der Kriegszustand zwischen Rußland und England eingetreten ist. Durch das Vordringen der Ententetruppen längs der Murmanbahn wird offenbar beabsichtigt, Archangel von Wologda abzuschneiden. Wie hierher gemeldet wird, versuchte die bolschewistische Besatzung in Kem, die Engländer aus der dortigen Gegend zu vertreiben. Bei dem Erscheinen der englischen Flotte vor Kem machten die Bolschewiki ihre 24 Geschütze klar und verboten den Engländern die Landung. Dies wurde damit beantwortet, daß die Schiffstationen schon bereit gemacht wurden. Der Befehl „Hände hoch“ wurde von den Bolschewiki widerstandslos befolgt. Durch Schüsse der Engländer wurden drei Russen getötet. Ein Trupp Bolschewiki warf auf offener Straße gegen englische Offiziere Handgranaten, aber diese explodierten nicht. Als Vergeltungsmaßregel ließen die Engländer drei Mitglieder des dortigen Sowjet ohne Prozeß hinrichten. Ueber Kem geht jetzt die englische Flotte. Die Strecke Kandalast-Kem der Murmanbahn wurde schon von den Engländern besetzt. Die Bolschewiki sprengten auf ihrem Rückzug alle Brücken.

**Japanisch-amerikanisches Einvernehmen über das Vorgehen in Sibirien?**  
Nach einer Reutermeldung erfährt die „Times“ aus Tokio vom 13. Juli, daß der Entwurf der Antwort auf die amerikanischen Vorschläge zu einer Intervention in Sibirien und die Entwürfe für die an England, Frankreich und Italien über diesen Gegenstand zu machende Mitteilung vom diplomatischen Beirat angenommen wurden. Die konstitutionelle Partei nahm eine Entschließung an, in der es heißt, daß angesichts der Tatsache, daß die Interventionspläne der Regierung mit den von Washington ausgehenden Vorschlägen übereinstimmen, es keinen anderen Weg gebe, als der amerikanischen Auffassung über die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Mitriten zuzustimmen.

Wie „Central News“ aus Tokio vom 17. Juli meldet, ist eine gemeinsame japanisch-amerikanische Expedition vorgesehen, die wahrscheinlich von einer Hilfskommission begleitet sein wird. General Forward rief sich am 16. Juli zum vorläufigen Herrscher über alle russischen Länder aus. In seiner Proklamation wird erklärt, daß er die Ordnung wiederherstellen und eine gesetzgebende Versammlung einberufen will.

**Prozeß Malvo.**  
Der als Zeuge vernommene frühere Ministerpräsident Painleve sprach entschieden für seinen angeklagten ehemaligen Ministerkollegen. Er schildert die entsetzlichen Wirkungen der gescheiterten französischen Frühjahrs offensive des Vorjahres und die Auslieferung großer Truppenteile gegen die Heresleitung. Malvo habe niemals gegen die von Painleve verfügten exemplarischen Strafen Einsprüche erhoben. Ganz unhaltbar sei die Anschuldigung, daß Malvo Geheimnisse des Obersten Kriegsrates verraten hätte. Als Malvo an den Kriegsratsitzungen teilzunehmen begonnen habe, sei alles längst zuungunsten der französischen Waffen entschieden gewesen. — Der Staatsanwalt Merillon muß zugeben, daß Painlevés Aussage der Verteidigung Malvos wesentlich genützt habe; aufrecht hält er aber die Anschuldigung der Erneuung Helfferichs zum Nachfolger Mirbachs.

gung der Mithrirkchaft in der Staatspolizei, namentlich die Erteilung von Pässen an verdächtige Personen. Senator Berenger erklärt, der Armee-Kommission seien einige Offiziere über den moralischen Zustand der Truppen verheimlicht worden, aber er glaube nicht, daß dies auf Befehl Malvos erfolgt sei. Die sozialistische Presse setzt die Angriffe gegen den Bericht des Senators Peres, des Anklägers, fort. Renaudel erklärt in der „Humanite“, die Kampagne, die die Reaktion seit zwei Jahren führe, müsse jetzt aufhören. „Die Herren“, so schreibt er, „spielen jetzt ein doppeltes Spiel. Sie werfen Malvo vor, daß er sich hinter den Regierungen stecken will, denen er angehört. Sie möchten ihn auf diese Weise isolieren, um seine Verurteilung durchzuführen und um mit dieser Verurteilung gleichzeitig den anderen zu treffen, der noch in der Sante sitzt. Sie wollen alles, was in diesem Lande noch republikanisch ist, treffen, alle, die militärisch oder diplomatisch noch in der Lage sind, das Land zu retten.“

**Ergebnisse des U-Boot-Krieges im Juni.**  
W.B. Berlin, 23. Juli. (Amtlich.) Im Monat Juni wurden 521 000 Brutto-Register-Tonnen des für unsere Feinde nützlichen Handelschiffraumes vernichtet. Der ihnen zur Verfügung stehende Welt handelschiffraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Beginn des Krieges um rund 1 825 100 Brutto-Register-Tonnen verringert worden. Hiervon sind rund 1 175 000 Brutto-Register-Tonnen allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat Mai außer den seinerzeit bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelschiffe noch weitere Schiffe von rund 48 000 Brutto-Register-Tonnen durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Der Krieg auf den Meeren.**  
W.B. Berlin, 24. Juli. (Amtlich.) Einer unserer U-Kreuzer, Kommandant Korvettenkapitän Kottitz-Jaentzen-dorff, hat versenkt 15 Dampfer und 12 Segler mit zusammen rund 61 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Dampfern beachtet sich der bewaffnete englische Truppentransportdampfer „Dwinst“ von 8173 Brutto-Register-Tonnen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Politische Rundschau.

**Deutschland.**  
**Die Ernennung Helfferichs zum Nachfolger Mirbachs.**

Amtlich wird gemeldet: Der frühere Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatsminister Dr. Helfferich, wurde zum diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau ernannt. Es wird Leute genug geben, die der Meinung sein dürften, daß Helfferich für diesen Posten nicht geeignet ist. Ihm fehlt die Gabe der klugen Behandlung von Menschen und die geschickte Hand in der Ueberwindung von Schwierigkeiten.

**Die erste Tat des Reichs-Wohnungs-Kommissars.**  
hatte eine Klage beim Mietseingangsamt in Berlin zur Folge. Der Herr Reichs-Wohnungs-Kommissar Coels van der Kruggen war in Berlin — ohne Wohnung. Der preussische Staat mußte versuchen, ihn irgendwo unterzubringen. Aber das ist heute nicht so leicht. Während man für den Reichs-Wohnungs-Kommissar nach einer Wohnung suchte, parzelliert man auf ein Gebäude, das für den seinerzeit geplanten Neubau des Opernhauses vom Fiskus erworben, nach der Aufschreibung des Neubaus aber an mehrere Herrschaften vermiehet worden ist. Dem Herrn Reichs-Wohnungs-Kommissar gefiel ein Teil des Gebäudes, der zurzeit von dem Fabrikanten Theodor Fröhlich und dem Rentner Kronhausen bewohnt wird. Den beiden wurden gekündigt. Da es ihnen aber jedenfalls aus den Ursachen, aus denen man einen Reichs-Wohnungs-Kommissar eingesetzt hat, schwer geworden wäre, eine neue Wohnung zu finden, erhoben sie Einspruch bei dem zuständigen Minister, der jedoch ohne Erfolg blieb. Sodann erhoben sie Klage beim Mietseingangsamt. In der Verhandlung beschwerten sie sich vor allen Dingen darüber, daß man in den gleichen fiskalischen Häusern wohnenden Mietern, die in der Provinz umfangreiche Herrensitze inne hätten, ihre Wohnung gelassen und gerade ihnen gekündigt habe. Das Eingangsamt erklärte die Kündigung für unberechtigt.

## Majoran ...

Eine prächtige Geschichte, die nicht des Grafen entbehrt.  
Von Alois Ulreich (Wien).  
(Schluß)  
Thomas Hahn hatte eine schlaue Nacht hinter sich. Der Beschäftigung im Kriegsmuseum hatte ihn nachdenklich gemacht. Tausende Gedanken hatten sich in dieser Nacht durch seine entnervte, müde Seele gejagt, waren geistig angestrengt, hatten sich im Schlaf einmal in große Ungewissenheit verwandelt, ihn zu Boden gehalten, getrieben und durch eine große Halle geführt, die die Halbe des Kriegsmuseums war; auch sah sich Herr Hahn in dieser Welt Nacht zweimal im Keller und einmal war es ihm so, als hätte er eben im Traum hingestrichelt werden sollen, weil er jemanden des Märgers beschuldigt hatte. Schon wollte er alles fernere Bemühen in dieser Angelegenheit aufgeben, schon schien es ihm am besten, die Sache hingehen zu lassen, da erzwang ihm der Morgen, als er den Fall zum hundertsten Male überdachte, der Geist des Widerstandes, des Truges und der Rechtschere. Er schaute sich innerlich auf und beschloß, wie ein neuer Michael Kohlhaas bis zum Tod nicht im Stiche zu lassen, sondern es zu verweigern bis ans Ende der Welt. Es muß doch irgendwo eine Gerechtigkeit geben. Das wäre doch nicht schlecht, wenn jeder so nur nichts, der nichts die Gerechtigkeit überlassen könnte, ohne fürchten zu müssen, durch deren Strafen erreicht zu werden. Allerdings hatte er bezüglich der Güte und Brauchbarkeit der Gerechtigkeit Zweifel, jedoch er gehörte nicht, wie die Gerechtigkeit über den Boden dachte. Auch schien es ihm, als könnten Gerechtigkeit, die deren Erfüllung sich erst ein Willkürer zum Wachenamt und zur Preisprüfung geben müßte, keine guten Gerechtigkeit sein, da sie ja doch ohne Hingehen dritter Personen den Uebelthäter lassen müßte. Aber trotz aller dieser Bedenken beschloß er, während er aus dem Bilde sah, daß die Majoran-Geschichte weiter zu verfolgen.  
Im Saal des Bureau wieder zu sein zu kommen wie er den letzten Tag, fand er sich schlagartig gefesselt bei der Preisprüfung des Ministeriums ein. Es war nicht einmal noch ganz acht Uhr. Aber Thomas Hahn merkte, es werde nichts daran liegen, da in einem solchen Saal wohl Tag und Nacht im Interesse des Volkes gearbeitet werden müßte, um ja möglichst rasch die Preise festzusetzen und deren Durchsetzung gewährleisten zu überlassen. So war Thomas Hahn auch schon bei der Sache, die er

dieser großen und wichtigen Aufgabe betraut waren, schon lange im Saal sitzen und ununterbrochen an ihrer Arbeit sein, da doch so viele hunderttausend Preise in dieser Stadt allein zu prüfen waren. Aber als Thomas Hahn in das Amt eintrat, war es leer, die Fenster standen offen, einige Reinigungsfrauen legten die Fußböden und ein Amtsdienstler schichtete auf einem Tische die Papiere.  
„He, wo gehen denn Sie hin da?“ rief dieser Amtsdienstler dem erstaunten Schreiber zu.  
„Ich möchte eine Angelegenheit vorbringen...“ sagte Hahn bescheiden.  
„Aber doch nicht jetzt um acht Uhr in der Früh? Glauben Sie, wir sind Kaiser, daß wir schon um die Zeit arbeiten? Herr, Sie sind hier in einer Abteilung des Ministeriums.“  
Das Vertrauen des Schreibers Thomas Hahn erlitt einen argen Stoß. Am liebsten wäre er schon umgekehrt, denn jetzt ganz klar war bei diesen Worten wieder verschwunden. Aber da er schon einmal da war, wollte er sich doch erkundigen, was in seiner Sache zu tun wäre.  
„Ich komme nämlich wegen eines ungebührlichen Preises, den ich in einem Geschäft gefunden habe.“  
Der Amtsdienstler lächelte mitleidig.  
„Aber, mein lieber Herr, was ist das für ein ungebührlicher Preis, den Sie uns bringen möchten, dann hätten wir alle Tage die ganze Stadt in unserem Bureau. Die Zimmer müßten zu wenig werden und die Beamten lange nicht ausreichen, um nur überhaupt die Sachen entgegenzunehmen zu können.“  
„Aber Sie sind doch die Preisprüfungsstelle...“ wendete Thomas Hahn ein.  
„Selbstverständlich. Aber wie stellen Sie sich denn das vor? Glauben Sie, daß wir gleich rennen und laufen, wenn irgend einer daherkommt und sich über irgend einen Preis aufhält? Da hätten unsere Herren viel zu tun. Haben Sie denn gar kein Bedauern, daß das nicht so sein kann... Wissen Sie nichts vom Dienstweg?“  
Der Schreiber beantwortete diese Frage nicht. Sein Blick kreuzte durch die leeren Räume, über die unbenutzten Tische und er dachte mit einemmal jenes Rebell, er dem das öffentliche Leben frönte und das an der Gesundheit unserer Einrichtungen frag und gegen das nicht anders aufzukommen ist, als daß man es ganz einstellt.  
„Was ist's denn übrigens, worüber Sie sich beschweren wollen?“ fragte der Dienstler den immer noch schweigenden

„Ich... ach... ich wollte nur vorbringen, daß man hier einen einzigen Deka Majoran um eine Krone zwanzig Heller rechnete.“  
„Also da haben wir's. Wegen einem Deka Majoran reimen Sie in der halben Stadt herum, wegen einem Deka Majoran verlieren Sie Ihre kostbare Zeit, denn ich glaube kaum, daß Sie viel Zeit zu verlieren haben. Jetzt sagen Sie selber, ist das vernünftig, ist das geschickt?“  
„Aber es liegt doch eine Ungerechtigkeit darin, einen Deka Majoran für eine Krone und zwanzig Heller zu verkaufen.“ wendete der Schreiber mit müder Stimme ein.  
„Müssen denn Sie gerade einen Majoran kaufen? Wenn er Ihnen zu teuer ist, brauchen Sie ihn ja nicht zu nehmen. Sätten Sie Ihnen einen Paprika kauft oder einen Pfeffer.“  
Jetzt war Thomas Hahn vertrieben. Gegen das Zutreffen dieses Gedankenganges kam er nicht auf. Er fühlte, daß er doch kein Michael Kohlhaas war oder vielleicht wäre auch Michael Kohlhaas vor der zwingenden Logik dieses Amtsdienstlers zurückgewichen. Thomas Hahn tat das Beste, was er tun konnte — er gab seine Sache für verloren und empfahl sich.  
Der Amtsdienstler mußte geföhlt haben, daß er diesen einfachen Mann durch seine Rede wohl getan hat, und da er im übrigen ein guter Mensch war, so glaubte er dem Manne noch einen Trost auf den Weg mitgeben zu sollen: „Wissen Sie, das Geschickte ist, Sie machen eine Eingabe wegen Ihren Majoran und überreichen sie im Dienstweg bei unserer Einkaufsstelle. Dort bekommt sie eine Nummer, wird ans Hauptbüro weitergegeben, eingetragen und zur Zuteilung an den Hilfsdirektor befördert, der es an die Registratur weitergibt, so man ihr einen Platz vorbereitet. Dann kommt sie an die Abteilung, wird noch einmal eingetragen, neuerdings zuteiligt, bis sie endlich der Referent.“  
Thomas Hahn stand schon auf der Straße draußen. In seinem Kopfe tönte noch die Stimme des Amtsdienstlers nach und die Worte Einkaufsstelle, Zuteilung, Hauptbüro, Eintragung fielen gleich schmerzlichen Blößen auf seine Seele. Er gewann aber kein Verhältnis mehr zu diesen Worten. Sie setzten sich in keine Vorteilmengen mehr um.  
Nüde schlich Thomas Hahn die Treppe hinauf, müde hantelte er sich nach seinem Bureau weiter und nahm dort niedergerückt Platz wie ein Mensch, der sich zuviel zugemutet hatte. Seine Kräfte verlagerten. Er erkannte das Törichte seines Beginnes, denn eigentlich hat er mehr gemollt, als Gott auf dieser Welt zu geben in der Lage ist — Gerechtigkeit.

Tabakwucher.

Die „Münchener Post“ wirt unter Berufung auf die Presse dem früheren Geschäftsführer der Zigaretten- und Tabak-einfuhr-Gesellschaft in Dresden, Baron von Michel-Kaulino, vor...

Herr Baron v. Michel-Kaulino, zugleich Inhaber der Firma Kaulino und Geschäftsführer der Zigarettenfabrik-Einfuhr-Gesellschaft, war natürllich an dieser Freistreiberei beteiligt...

„Weil die Wucherfirma Kaulino (Inhaber v. Michel-Tegly und Kaulino) der Hof-Zigarettenfabrik Zuban (Hauptinhaber v. Michel, Tegly und Kaulino) ihre billig eingekauften Tabake zu Wucherpreisen berechnete.“

Seither ist Baron v. Michel-Kaulino von seinem Posten entlassen. Das Reichswirtschaftsamt hat ihn im Anfang März telegraphisch „erzucht“, abzusenden.

Oesterreich-Ungarn.

Mit der Bildung des österreischischen Kabinetts ist der Wirkl. Geheime Rat Hussarak v. Heinelein, der 1911 Unterrichtsminister war, betraut worden.

Verlegung von Ministern in Anklagezustand. Die scheidenden Abgeordneten im österreichischen Abgeordnetenhause hatten einen Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten Seidler sowie gegen den gewesenen Minister des Innern Loggenburg wegen Erlassung seiner Kreisverordnung für Böhmen gestellt.

Der Krieg ist eine Revolution der Wirtschaft. Die ungeheuerlichste, die die Menschheit jemals in einer so kurzen Zeitspanne zu durchleben hatte.

Die wirtschaftliche Revolution.

Eine Artikelreihe des Handelsredakteurs der „Frankfurter Zeitung“ A. Feiler, über die Uebergangswirtschaft findet ihren Abschluß in einem Aufsatz über den Ernst der Zukunft.

Der Krieg ist eine Revolution der Wirtschaft. Die ungeheuerlichste, die die Menschheit jemals in einer so kurzen Zeitspanne zu durchleben hatte.

Der Autor untersucht dann die Schwierigkeiten, welche die Wiedererweckung der Friedenswirtschaft aufzuweisen wird, und gibt einen Ueberblick über die schwereren Verluste, welche der Wirtschaft durch den Krieg zugefügt worden sind.

In den ersten Jahren nach dem Kriege sind zwei große Aufgaben zu leisten: die Volksgesamtheit ist mit dem Notwendigsten zu versorgen, es müssen alle zunächst einmal leben können.

Also: Luxus ist Raub an der Gesamtheit, und Wirtschaft hat aufgehört, Sache des Einzelnen zu sein und ist Sache der Allgemeinheit geworden.

Der amtliche Kriegsbericht.

Der deutsche Heeresbericht war bis zur Drucklegung noch nicht eingetroffen.

So hat die große Unternehmung der „Frankfurter Zeitung“ genau wie jedes andere ernste Studium der wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten zu dem Endergebnis geführt, daß Deutschlands Wiederaufrichtung nur die Organisation der Wirtschaft bringen kann.

Für unsere Feldgrauen.

Urlaubung von Soldaten nach mehreren Orben.

In einer Eingabe hatte der Reichstagsabg. Marquardt den berechtigten Wunsch geäußert, daß die Soldaten von Urlaub nicht nur für einen, sondern für mindestens zwei Dreie erhalten, damit sie neben ihrer Frau ihre an einem anderen Orte wohnenden Eltern oder sonstigen Verwandten auf Militärfahrstufen mit möglicher Beschleunigung aufsuchen können.

Die frühere Abwidmung des Urlauberverkehrs ergab eine ständige Ueberfüllung der heimathlichen Züge des öffentlichen Verkehrs, insbesondere der D-Züge, wodurch die Abwidmung des öffentlichen und des Güterverkehrs in nachteiliger Weise beeinflusst wurde.

Ernährungsfragen.

Das Strafverfahren gegen den Neuföllner Magistrat eingestellt.

Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hat der Staatsanwalt das Verfahren gegen mehrere Mitglieder des Neuföllner Magistrats wegen Ueberschreitung der Höchstpreise nunmehr eingestellt.

Im Verlauf des „ruhreichen“ Verfahrens hat man ganze Aktenstücke beschlagnahmt und einmal für mehrere Stunden die ganze Tätigkeit der Neuföllner Stadtverwaltung lahmgelegt.

Nun ist die ganze Justizaktion in das Wasser gefallen. Bedauerlich — es wäre so mancher Mißstand in unserer Lebensmittelversorgung durch die Verhandlung aufgedeckt worden.

Wirtschaftliches.

Raillagen in Rußland. Bei der Stadt Solikamsk des Gouvernements Perm am Ural sind Raillagen entdeckt worden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 24. Juli.

Ferien.

Mit der schönen Sommerzeit, die allerdings in den letzten Tagen, besonders heute, durch Regen stark und unangenehm beeinträchtigt wurde, kommen die Feriengebanten.

Auch für die Kreise der unteren Angestellten löst sich die Ferienfrage in wenig angenehmer Weise gewissermaßen von selbst.

Nicht viel besser sind die Aussichten für sonstige kleine Leute, die sich zu normalen Zeiten einige Tage für Erholung freizumachen konnten.

So stellt sich das Ferienbild heute zur Kriegszeit für die Arbeiterklasse noch unglücklicher als ebend, trotz den so ganz hervorragenden hohen Löhnen.

Wahre Herzensteiler.

hat uns der Krieg in einer gewissen Sorte von Geschäftsmännern bekehrt, die da vorgeben, im Besitze von Reizen und Beschaffen zu sein, nach denen man alle nur erdenklichen Bedarfsartikel auf ganz einfache Weise mit wenigen Aufwendungen herzustellen vermag.

Die Feldviehhäute.

welche ja auch in vergangenen besseren Friedenszeiten nicht fehlten, haben in den letzten Wochen einen erschreckenden Anstieg angenommen.

Raiffeurien und Annahme an Kindes Statt. Das Reichswirtschaftsamt hat kürzlich darüber veröffentlicht, daß die Raiffeurien, welche eheliche Kinder nach dem Tode des Vaters, welche nach dem Tode der Mutter erhalten, auch dann weiter zu gewahren ist, wenn diese Kinder von jemand an Kindes Statt angenommen werden.

pb. Verhafteter Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Scharnhagen bei Kiel wegen Einbruchdiebstahls.

pb. Wegen Bedacht des Diebstahls wurde ein mehrfach verhafteter Arbeiter aus Rörßen festgenommen, in dessen Besitze ein graues und ein junges schwarzes Kanarienvogel vorgefunden wurde.

Hamburg. Ein jugendlicher wegen Ordnungswidrigkeit verurtheilt. Der 18 Jahre alte Fabrikarbeiter Othmar, der seine Jugend teils in Waisenhäusern, teils in der Erziehungsanstalt verbrachte, da er schon recht früh diebstahlige Neigung zeigte, hatte sich vor der hiesigen Strafkammer wegen verurtheilten Mordes und Raubes zu verantworten.

Bergedorf. Töblicher Unglücksfall. Beim Baden ertrank auf dem Kamp in einem tiefen Wasserbassin der 18jährige Arbeitsschürhe Rauber.

Schwabenau. Gemitterhäden. Bei einem kleinen Gemitter fuhr der Blitz in das Wirtschaftsgelände des Hofbesizers Detlef in Bendorf.

Bremen. Ein schweres Bootsunglück, bei dem zwei Menschen ums Leben gekommen sind, ereignete sich Sonntag auf der Weser.

**Ein Mauerer ertrug die Folgen eines Unfalls.** In der Nacht zum Sonntag wurde bei der Firma Rudolf K... ein Mauerer durch einen Unfall verletzt. Der Arbeiter wurde von einem Balken herabgeworfen und erlitt schwere Verletzungen. Die Verletzungen sind lebensgefährlich. Die Firma wird die Kosten der Behandlung übernehmen.

**Neumünster.** Wer am Kriege verdient. Die Verwaltung von Emil Röcker Leberfabrik A.G., Neumünster, wird für 1917 neben bedeutenden Rückstellungen 20 Prozent Dividende und einen Sondergewinn von 10 v. G. vorschlagen. Das sind neben großen Rückstellungen dreißig Prozent Dividende. Da braucht man sich über die hohen Lederpreise und über den Nationalismus der Aktionäre nicht zu wundern.

**Ludwigslust.** Für 50000 Mk. Waren gestohlen. In der Nacht zum Sonntag wurde bei der Firma Rudolf K... ein großer Einbruchsdiebstahl verübt. Es sind Waren im Werte von 50000 Mk. gestohlen worden, u. a. Damenschuhe, schwarze Mäntel, Seidenkleider, Wäsche, weiße und farbige Wäsche, farbige und wollene Kostüme, breite Regenmantel, schwarze und weiße Seidenstoffe, Weißwäsche, Strümpfe, Taschentücher, Schuhwaren. Für die Wiederbeschaffung legt die Firma 10 Prozent des Wertes, im ganzen 5000 Mk. Bezahlung aus.

**Wittenburg.** Gewitterschaden. In der Nacht zum 18. d. M. zündete der Blitz die Scheune des Erbpächters H. zu R... Das Gebäude brannte vollständig nieder. Mitverbrannt sind 3 Schafe, 30 Hühner, 2 Fuder Heu, mehrere Fuder Stroh, 3 Strohmagaz, 1 Häckelmaschine, 1 Dreschmaschine und sonstige landwirtschaftliche Geräte.

**Lehe.** Ein tödliches Straßenbahnunglück hat sich Montag nachmittag in der nördlichen Hafenstraße ereignet. Der 5 Jahre alte Hubert Herzog rannte in dem Augenblick über das Geleise, als ein Straßenbahnwagen nur noch 1 bis 2 Meter entfernt war. Das Kind wurde vom Wagen erfasst und kam nach kurzem Mitschleifen vor den Luftströmer des Anhängewagens zu liegen. Als man es hervorzog, war bereits der Tod eingetreten und der gerade hier auf Urlaub weilende Vater des Kleinen konnte seiner Liebbling nur noch als Leiche ins Haus tragen.

**Hagenow.** Fremdenplage. In Hagenow in Mecklenburg geht ein Protest durch die Presse mit dem Verlangen an die Stadtverwaltung, die vielen Fremden aus der Stadt zu entfernen. Es hat, so heißt es, die Stadt niemals eine solche Menge von Fremden beherbergt als jetzt, die eine Notlage für die Stadt geschaffen haben; der Bevölkerung werden von ihnen alles aufgesteckt und aufgegeben. Die Samstags-Feiern in Blüte; für ein Pfund Butter würden 50 Mark gezahlt, für ein Pfund Süßwaren 2,50 Mark usw. Stadt und Umgebung würden nach Lebensmitteln abgehirtet und diese würden mit der Post anstandslos verkauft. Hagenow sei heute eine Fremdenstadt mit menschenüberfüllten Gasthäusern, die Fremden seien ein Uebel für das städtische Gemeinwesen. Wenn es einen geeigneten Weg gäbe, so dürfte die Stadtverwaltung nicht zögern, die Fremden von dem Wirtschaftsförderer abzutrennen und sie aus der Stadt zu befördern.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Nach ein Patriot!** Aus W... (Ostpreußen) meldet die „Königsberger Volkszeitung“: Bei der Aufnahme von Kriegsgefangenen hat der Militärtribunal Taddäus Bon... aus... den Staat um 20000 Mk. zu... wegen... 30000 Lagen Gefängnis verurteilt.

**Von welchen unglaublichen Zufälligkeiten** das Schicksal eines Menschen abhängt, wenn er in die unangenehme Lage kommt, als Angeklagter vor Gericht erscheinen zu müssen, zeigt mit besonderer Deutlichkeit ein Fall, der angestrichelt die Strafammer des Landgerichts III Berlin beschäftigt. — Eine Frau Helene M. aus Charlottenburg war vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Auf die Berufung wurde sie freigesprochen, die Angeklagte unter Tränen ihre Unschuld bezeugte, hatte sie; dann die Strafammer mit dieser Sache zu beschäftigen, welche trotz des Hinweises des Verteidigers, daß es sich um eine völlig unbescholtene Frau handele und angebliche Zweifel über die Angeklagte war am 7. September v. J. in das Schöffengericht von Sch. in Charlottenburg gekommen, um dort ein Paar Schuhe abzuholen. Hierbei soll sie einen Zwanzigmarkstein, den eine andere Kundin auf das Rasenputz gelegt hatte, entwendet haben. Der Inhaber des Geschäftes versicherte auf das Bestimmteste, daß ein Irrtum ausgeschlossen sei, nur die Angeklagte könne den Schein weggenommen haben. — Auch nach ihrer Verurteilung besuchte Frau M. noch fortgesetzt ihre Unschuld. Sie begab sich, um zur Unterstützung eines Gnadenbittens die Unterschrift der Bestohlenen zu erlangen, zu dieser, und war auf das Höchste erstaunt und angenehm überrascht, als die Bestohlene selbst ihr mitteilte, sie sei tatsächlich unschuldig, die Sache habe sich auf ganz merkwürdige Weise aufgeklärt: Am genannten Tage sei, während die Kundin, die den Zwanzigmarkstein in Zahlung gegeben hatte, gerade den Laden verließ, ein etwa 12-jähriger Schüler in das Geschäft gestürzt und habe seinen Ball, der beim Spiel in den Laden geflogen sei, zurücksetzen und vom Fußboden aufgehoben. Daß dieser kleine Vorfall irgendwie mit dem Schein zusammen haben könne, habe sie natürlich nie ahnen können. Tatsächlich habe der Schüler beim Aufheben des Balles auch den Zwanzigmarkstein, der beim Öffnen der Tür durch die Zugluft auf dem Teppich gefallen sei, mitaufgehoben und ihn zu Haus in einem Buch versteckt, wo ihn die Mutter des Schülers erst jetzt gefunden habe. Der Schein sei ihr von der Mutter des Schülers überbracht worden. — Auf Grund dieser Tatsachen ist sofort der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und Freisprechung der unschuldigen Frau M. gestellt worden.

**Aus Nah und Fern.**

**Drei Personen vom Blitz getroffen.** Eines der zum Teil schweren Gewitter, die über Berlin und Umgebung niedergingen, hat in Köpenick drei Opfer gefordert. Es handelt sich um ein Mitglied der Kriegsbildungsgesellschaft Otto Broschowski aus der Gertrudenstraße 18 in Charlottenburg, den 17-jährigen Schlosser Ernst Braunsinger und seine Schwester, die 20-jährige Kontoristin Ruth Braunsinger. Diese drei Personen hatten am Nachmittag bei dem günstigen Wind eine Partie in einem Segelboot unternommen. Durch das plötzlich am Nachmittag gegen 5 Uhr hereinbrechende Gewitter waren sie jedoch zu einer Landung gezwungen, die sie in der Kolonie Wendenloch vornahmen. Schutz vor dem Regen suchend, stellten sie sich unter eine Erle, als im nächsten Augenblick ein Blitzstrahl den Baum traf und die drei Personen betäubte. Direktor Broschowski, dessen linke Körperseite schwer verbrannt ist, befindet sich in Lebensgefahr, während die beiden anderen Mitglieder nur leichtere Verletzungen davongetragen haben.

**Blitzschlag in eine vollbesetzte Gasthaus.** Aus Schwedt in Schleien wird gemeldet: Die hiesige Umgebung wurde am Freitag von schwerem Gewitter heimgeschlagen. Bei Jobben stieß ein Gewitter mit einem zweiten, vom Westen kommenden Unwetter zusammen. Von Jobben nach Norden begleitete ein Blitzschlag, der am Fuße des Jobbener Berges in der Lehmen Ortschaft Queitsch bei Rogau das Hiesemännche Gasthaus traf. In dieses hatten sich beim Aufziehen des Unwetters eine große Anzahl Schüler und Lehrer geflüchtet, die unter Führung des Lehrers Kobitel aus Queitsch zum Einsammeln von Laubheu ausgezogen waren. Der Blitz traf in eine Leitung, sprang von hier aus auf das Gasthaus über und durchschlug die Gaststube, in der sich außer den erwähnten Kindern mehr als zwanzig Personen aufhielten. Obwohl der Blitzstrahl nicht zündete, richtete er entsetzliche Unheil an. Die Gasthofbesitzerin Anna Hiesemann, eine Frau im Alter von 52 Jahren, wurde auf der Stelle getötet. Aus dem Ansaal der niedergefallenen, zum Teil schwer betäubten Kinder wurden drei weitere Leichen hervorgezogen. Getötet wurde der aus Altdamm stammende 13-jährige Schüler Kohl, ferner die 13 Jahre alte Tochter des Dominiel-Angehörigen Ernst aus Queitsch und die 10 Jahre alte Schülerin Erkel, die Tochter eines Arbeiters aus Michelsdorf. Lehrer Kobitel erlitt durch den Blitzschlag Verletzungen am Kopfe. Eine Anzahl Kinder wurden ebenfalls durch den Blitz, teils auch durch die entstandene fürchterliche Panik betäubt oder verletzt, erholten sich aber nach einiger Zeit wieder.

**Die Wohnungsnot.** Eine Anzahl Großindustrieller Münchener Firmen hat die Gründung einer großen gemeinnützigen Baugesellschaft beschlossen und ein Kapital hierfür von einer Million Mark unter Verzicht auf jede Verzinsung sofort gezahlt. Es sollen mit Hilfe dieses Kapitals gegen die Wohnungsnot in München 800 Kleinwohnungen mit Rückgärten im Norden der Stadt gebaut werden für den Mittelstand und die Arbeiter.

**Erdbeben in Johannesburg.** Dem „Daily Telegraph“ wird vom Donnerstag aus Johannesburg berichtet: Johannesburg ist gestern abend von einem starken Erdbeben heimgesucht worden. Im Laufe des Tages wurden verschiedene Stöße verspürt. Entsetzlicher Schaden wurde jedoch nicht angerichtet. Von einigen schadhafte Gebäuden stürzten die Mauern ein, viele Schornsteine fielen um. Blockhäuser aus Stein und Beton kamen gefährlich ins Wanken.

**Neueste Nachrichten.**

**Ein Sieg Bonquets.** U. Genf, 23. Juli. Der sozialistische Parteitag der Gruppe des Seine-Departements endete mit einem großen Siege der Anhänger Bonquets. Dieser verlangte nach einer längeren Rede den Zusammentritt der internationalen Konferenz und erklärte, die Kriegskredite dürften von der Partei nur noch bewilligt werden, wenn die Regierung vorher Pässe zur Konferenz bewillige und die Kriegsziele bekannt gebe. Eine Intervention in Rußland dürfte nur mit Genehmigung der Sowjets erfolgen. Die Tagesordnung, die diese Forderungen aufstellte, wurde mit 699 Stimmen angenommen. Albert Thomas, der einen Gegenantrag einbrachte, vereinigte nur 1077 Stimmen auf sich. Die Versammlung war eine Art Vorbereitung für den sozialistischen Landeskongress, der am kommenden Sonntag in Paris beginnt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Nach Gottes unerforchtlichem Rathschluss verschied am Montag abend 9 1/2 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger, Groß- und Urgroßvater **Christian Matthießen** im 81. Lebensjahre. In diesem Schmerz Catharine Matthießen Ww. geb. Schumacher. Heinrich Matthießen, jurz. im Felde u. Frau geb. Kuhlmann. Carl Matthießen, jurz. im Felde u. Frau geb. Rönke. Enkel und Urenkel. Lübeck, Grnsstr. 11. Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 30. Juli, nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle des Vorwerter Friedhofes statt. (3477)

**Dankagung.** (3475) Allen, die uns beim Ableben sowie bei der Bestattung meines lieben Mannes, meines guten Vaters, ihre Teilnahme bezeugten sowie meinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, lagen wir untern tiefgefühlten Dank. Herrn Pastor Haensel für die trostreichen Worte am Sarge, seinen Meistern u. Kollegen von der Maschinenbau-Gesellschaft, d. Mitgliedern des Metallarb. Verbd. u. mein. Mitarbeiter u. Mitarbeiter. d. Firma Paul Erasmii & Co. Marie Kerfack u. Tochter.

**Steinleher, Kammer und Arbeiter** gesucht. R. C. Mellmann, Stückerstraße 114/3. (3478)

**Donnerstag ab 9 Uhr: Feinster Schweine-Preßkopf** — ohne Fleischmarken — per Pfund Mk. 2.00. Verkaufsstellen: Hundestrasse 95, Markthallenstand 34 und 35, Reiferstrasse 17. 3482

**Hübsch möbliertes Zimmer** an 1 od. 2 Damen zu vermieten. (3480) Herderplatz 3, I.

**Bezahlte größere Delgemälde, Uhr und Kunstschreiben zu verkaufen.** (3479) Herderplatz 3, I.

**Ein Kinderkrippstuhl zu verk.** Reiferstr. 38, I. (3476)

**Ein Lebensmittelbuch verlor.** Nr. 592. Bitte geg. Belohn. abzub. (3484) Loignystr. 12, II.

**Glascheiben** aller Art off. D. Landnig, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2806

**Rechnungs-Formulare** werden hergestellt in der Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

**Sanitätsverband d. freien Hilfskassen Lübecks**

**General-Versammlung** am Donnerstag, 25. Juli 1918 abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1918. 2. Wahlen. 3. Innere Kassenangelegenheiten. 3472 Der Vorstand.

**Zischler, Zimmerleute u. Schlosser** werden dauernd eingestellt von Flugzeugbau Friedrichshafen G. m. b. H. Werft Warnemünde. 3481

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.** e. G. m. b. H.

**Einfochgläser** mit Gummiringen in allen Größen **Einfochapparate** Na. verzinkt, mit Thermometer und Federn sind noch preiswert in allen unzeren Warenabgabefellen vorhanden. **Einfochglasöffner** einfach, praktisch, billig öffnet jedes Glas, schon die Gummiringe das Stück 95 Pig. 3471

**Stadthallen-Theater.** Direktion: Stanislaus Fuchs. (3478) Mittwoch, den 24. Juli 1918:

**Blitzblaues Blut.** Operette von Walter Kollo. Donnerstags, d. 25. Juli 1918:

**Das Dreiwäderhaus.** Operette nach Schubert. Freitag, den 26. Juli 1918: Neuheit! Neuheit!

**Gajus der Leibfuchs.** Lustspiel von Wiegand. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

**HOLSTENHAUS LÜBECK GMBH.** Patent-Einkoch-Gläser prima mundeblasenes doppelt gekühltes Fabrikat aus weißem Glas mit Ring und Klammer. 1/2 Ltr. 1.95, 3/4 Ltr. 2.25, 1 Ltr. 2.75, 2 Ltr. 2.50, 2 1/2 Ltr. 2.95. **Einkochringe, bewährtes Fabrikat, Stück 25 Pfennig.** 3483

**Kaninchenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend** von 1895. Da größeres Quantum Heu für Winterbedarf vom Volkzeamt zur Verfügung steht, nimmt Bestellungen schriftlich u. mündlich umgehend entgegen (3474) Der Vorstand. M. Walter, Meierstr. 10.

**Nur noch kurze Zeit! Allabendlich pünktlich 8 Uhr: Riesen-Erfolg! „Der Hias“ Riesen-Erfolg!** Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone. Mit urfidellem Frontbrett und glänzender Filmeinlage. Mit Riesenerfolg über 3000 mal in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt. **Mittwoch, 24. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr: Familien- und Schüler-Vorstellung** bei kl. Eintrittspreis. (1.50, 1.-, -.75, -.40). Karl f. diese Vorst. nur a. d. Theaterkasse. **Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz!** Kartenvorverkauf: Holstenhaus, Holstenstraße, Zigarrenhandlung Röhrig, Schlüsselbuden, Musikhaus Odeon, sowie Theaterkasse von 11-1 vorm. und von 6 Uhr ab. **HANSA-THEATER!** 3470